

NRW:

WAZ 2.10.21

Großstädte im Revier fühlen sich benachteiligt

Millionen-Verluste: Essens OB Kufen (CDU) kritisiert Pläne von Ministerin Scharrenbach (CDU)

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf Die Großstädte in NRW werfen der Landesregierung vor, sie bei der Gemeindefinanzierung für 2022 benachteiligen zu wollen. Erstmals soll bei den Zuweisungen zwischen kreisangehörigen und kreisfreien Städten unterschieden werden. Die Großen bekämen dann weniger als die Kleinen, weil sie „steuerstärker“ seien.

„Unfair und inakzeptabel“ findet das der **Vorsitzende des Städtetages NRW, Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD)**. Den kreisfreien Städten in NRW entgingen so insgesamt 109 Millionen Euro, die sie dringend benötigten.

NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) entgegnet, diese Pläne seien nahe an der „Realität“ der Kommunen. Insgesamt werde die Gemeindefinanzierung den Kommunen eine Rekordzuweisung von rund 14 Milliarden Euro bescheren, sagte sie auf Nachfrage.

Der **Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU)** kritisierte Scharrenbach dennoch. „Die finanziellen Auswirkungen auf die kreisfreien Städte sind groß und nicht akzeptabel“, schreibt Kufen in einem Brief, in dem er zusammen mit Pit Clausen die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen um Unterstützung bittet. So müsste Essen auf 9,2 Millionen Euro „Schlüsselzuweisungen“ verzichten, sollte das Land sich durchsetzen.

Informationen des **NRW-Städtetages** zufolge würden auch viele andere Revierstädte zu den Verlierern gehören, zum Beispiel Bottrop (minus 1,2 Millionen Euro), Duisburg (minus 5,2 Millionen Euro), Dortmund (minus 9,8 Millionen Euro), Gelsenkirchen (minus 2,4 Millionen Euro), Mülheim an der Ruhr (2,1 Millionen Euro) und Oberhausen (minus 1,9 Millionen Euro). Bielefeld müsste im kommenden Jahr auf 6,3 Millionen Euro verzichten, Bonn auf 6,4 Millionen Euro.

Die Landesregierung begründet die Reform mit den höheren Steuer-Hebesätzen der kreisfreien Städte. „Kreisangehörige Gemeinden haben eben niedrigere Grund- und Gewerbesteuerhebesätze als kreisfreie Städte“, sagte Scharrenbach dieser Redaktion. „Sie benötigten Unterstützung, um wettbewerbsfähig zu sein. Die höheren Steuer-Sätze in Großstädten kämen nur aufgrund des extremen finanziellen Drucks zustande, dem viele dieser Städte ausgesetzt seien, argumentiert hingegen der Städtetag.

Der Landkreistag (LKT) in NRW begrüßte hingegen die Pläne ausdrücklich. Sie schafften mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich. Mit dem Gesetz würden „langjährige strukturelle Benachteiligungen des kreisangehörigen Raums ausgeräumt“, schreibt LKT-Hauptgeschäftsführer Martin Klein in einer Stellungnahme an den Kommunalausschuss des Landtags.